

## Krebsinstitutionen senden Notruf an Politik und Bevölkerung: Versorgung von Krebspatienten hochgefährdet

**Dramatisch steigende Corona-Infektionszahlen und Intensivstationen, die keine Patienten mehr aufnehmen können - für Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen wie Krebs wird die Situation aufgrund zunehmender Versorgungsengpässe immer besorgniserregender. Die Corona Task Force von Deutscher Krebshilfe, dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) und der Deutschen Krebsgesellschaft (DKG) zeichnet ein düsteres Bild: Sollte sich die Lage nicht kurzfristig entspannen, droht ein Kollaps des Versorgungssystems. Viele Patienten könnten dann nicht mehr intensivmedizinisch behandelt werden, mit heute noch gar nicht absehbaren Folgen.**

Die drei großen deutschen Krebsorganisationen fordern die Politik zum sofortigen und zwingenden Handeln auf und richten einen dringenden Appell an die Bevölkerung. In den großen deutschen Krebszentren wird die Sorge der Corona Task Force uneingeschränkt geteilt. "Wir brauchen jetzt unbedingt eine Kehrtwende der Corona-Lage, sonst geschieht das in Deutschland eigentlich Undenkbare: Wir werden sonst nicht mehr die adäquate und zeitgerechte Versorgung jedes einzelnen Krebspatienten sicherstellen können", warnt Prof. Dr. Carsten Bokemeyer, Sprecher des Netzwerks der von der Deutschen Krebshilfe initiierten Comprehensive Cancer Center und Leiter des Hubertus Wald Tumorzentrums - Universitäres Cancer Center Hamburg. "Seit Beginn der Pandemie haben wir mit Einschränkungen in der Versorgung zu kämpfen, aber noch nie haben diese sich so einschneidend entwickelt wie in der jetzigen dritten Welle."

Ein Kollaps des Versorgungssystems für schwerkranke Menschen hätte nicht nur kurzfristige Folgen. "Die Langzeitfolgen für Krebspatienten, die heute nicht rechtzeitig diagnostiziert und behandelt werden können, sind noch gar nicht absehbar", so Prof. Dr. Michael Baumann, Vorstandsvorsitzender des DKFZ. "Wir werden zukünftig mit vielen Patienten konfrontiert werden, deren Krebserkrankung zu spät entdeckt wurde und deren Heilungschancen dadurch verringert sind. Das bedeutet: Die Krebssterblichkeit wird nach oben schnellen."

### Versorgung sicherstellen

Angesichts dieser Situation fordern die Deutsche Krebshilfe, das DKFZ und die DKG die Politik dazu auf, die Versorgungskapazitäten in den Kliniken und Krankenhäusern, insbesondere in den Krebszentren, für Tumorpatienten sicherzustellen. Es müssen alle Ressourcen, die für eine adäquate Versorgung der Betroffenen benötigt werden, uneingeschränkt zur Verfügung stehen - so wie es vor Beginn der Pandemie sichergestellt war.

Schon nach der ersten Welle im Frühsommer des vergangenen Jahres hatten die drei Organisationen von der Politik eine Anpassung der Pandemie-Politik gefordert. Es sei

unabdingbar, nachhaltige und krisensichere Strategien für das Gesundheitssystem zu entwickeln, vor allem im Hinblick auf die unbedingt zu gewährleistende Versorgung von allen Patienten mit schwerwiegenden Erkrankungen. Hierzu gehörte auch der Wunsch, politisch klar und deutlich vorzugeben, dass bei Überlastung einzelner Kliniken die Patientenversorgung auch von anderen Einrichtungen in der jeweiligen Region übernommen werden muss – falls dies für den einzelnen Patienten medizinisch vertretbar sei.

„Eine solche Strategie haben wir politisch bis heute nicht wahrgenommen. Im Gegenteil. Wir hatten im Sommer letzten Jahres, als die Infektionszahlen sehr niedrig waren, den Eindruck, dass sich die Politik viel zu sehr auf einen schnellen Erfolg der Impfung verlassen hat. Hier wurde eindeutig versäumt, eine Strategie für die Herausforderungen im Gesundheitssystem während der Pandemie zu entwickeln“, resümiert Gerd Nettekoven, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krebshilfe. „Weitere Infektionswellen waren vorhersehbar und jetzt haben wir wieder diese Versorgungsnot, dramatischer als zuvor. Wir haben Zweifel, ob wirklich allen politisch Verantwortlichen bewusst ist, dass die 1.400 Menschen, die jeden Tag die Diagnose Krebs erhalten, auch zeitnah entsprechend versorgt werden müssen.“

Auch müsse die jetzige Impfstrategie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln forciert werden, um das Gesundheitssystem zu entlasten. „In den vergangenen Wochen ist klargeworden, dass es der Politik nicht gelungen ist, eine Impfstrategie auf den Weg zu bringen, die innerhalb kurzer Zeit die Infektionswellen brechen kann“, so Professor Dr. Thomas Seufferlein, Präsident der DKG. „Auch hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf.“

Zudem appellieren die Krebsorganisationen erneut an die Bevölkerung, die von der Politik festgelegten Corona-Maßnahmen auch zum Schutz der zahlreichen Krebspatienten unbedingt ernst zu nehmen und einzuhalten. Vorrangiges Ziel sei es, dass sich möglichst wenige Menschen mit dem Virus infizieren und sich die Zahl der Neuinfektionen schnell wieder verringert. Auch sei es wichtig, Impftermine schnellstmöglich wahrzunehmen.

Bereits mit dem Beginn der Corona-Pandemie hatten die Deutsche Krebshilfe, das DKFZ und die DKG eine Task Force eingerichtet, um die Versorgungssituation von Krebspatienten zu beobachten und zu analysieren. Dies erfolgte auf der Grundlage regelmäßiger systematischer Befragungen der großen deutschen universitären Krebszentren, aber auch von einigen nicht-universitären Krebskliniken. Darüber hinaus gingen Patientenrückmeldungen über die Krebsinformationsdienste des DKFZ (KID) und der Deutschen Krebshilfe (INFONETZ KREBS) in die Auswertung ein. Ziel der Task Force: Versorgungsentpässe und -einschränkungen frühzeitig zu erkennen und den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern zu suchen. Die Task Force stellte bereits im Frühjahr 2020 ein angespanntes Versorgungssystem fest. Die Ergebnisse der Befragungen über die ersten fünf Monate der Pandemie wurden Ende vergangenen Jahres im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht.

Prof. Dr. med. Carsten Bokemeyer  
Direktor II. Medizinische Klinik  
(Onkologie, Hämatologie, KMT mit Abteilung Pneumologie)  
Universitätsklinikum Hamburg - Eppendorf